

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komposition... Die einseitige Komposition...

Wacagen für die nächste Nummer... Wacagen für die nächste Nummer...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295

Mittwoch, den 22. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Polizeifunkto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion

Cuno zum Kanzler ernannt.

Die endgültige Ministerliste.

Der Reichspräsident hat gestern in später Abendstunde die Ernennung des Geheimrats Cuno zum Reichskanzler vollzogen.

- Reichskanzler: Dr. Cuno. Inneres: unbestimmt. Außen: unbestimmt. Justiz: Dr. Heinze (D. Vp.). Wirtschaft: Beder-Hessen (D. Vp.). Reichsfinanz: Staatssekretär a. D. Albert. Arbeit: Dr. Brauns (Z.). Reichswehr: Dr. Gehler (Dem.). Eisenbahn: Gröner. Post: Stingle. Finanzen: Dr. Hermes. Ernährung: Dr. Müller-Bonn. Chef der Reichskanzlei: Hamm.

Wegen der Uebernahme des Innenministeriums wird mit dem Demokraten Beder verhandelt. Das Außenministerium ist einem im Ausland befindlichen Diplomaten zugedacht.

In dem neuen Kabinett befinden sich fünf Minister, die schon zur Zeit der alten Koalition hervorragende Ämter bekleideten, nämlich Brauns, Hermes, Gröner, Gehler und Albert.

Der neue Justizminister Dr. Heinze hat schon zur Zeit der Fehrenbach-Regierung das Reichsjustizamt verwaltet. Er ist ein persönlich rechtlich erfahrener Mann von angenehmen Umgangsformen.

Ende der Ueberschichten im Bergbau?

Der Antrag auf Kündigung des Ueberschichtenabkommens im Bergbau ist vom Christlichen Bergarbeiterverband und vom Hirsch-Dunderschen Gewerksverein ausgegangen.

Die neuen Beamtenbezüge.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Spitzenverbänden der Beamten des Reiches, der Länder und Gemeinden führten am Dienstag zu einer Verständigung auf folgender Grundlage: Der prozentuale Teuerungszuschlag zum Grundgehalt, Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen wird ab 16. November von 49 auf 120 Prozent erhöht.

Reparation und Reichsbahndefizit.

Infolge der ungeheuren Kohlenlieferungen an die Entente ist die Zuweisung inländischer Kohle an die Reichsbahn völlig ungenügend und reicht keineswegs, um den Betrieb mit Sicherheit aufrechterhalten zu können.

Deutschlands Brotgetreideversorgung.

Die Bestände an in- und ausländischem Brotgetreide, die sich in der Hand der Reichsgetreidestelle befinden, stellen die deutsche Brotversorgung bis Anfang Februar sicher.

wird der volksparteiliche Abgeordnete Beder-Hessen. Das ist das stärkste Stück der neuen Ministerliste, denn Herr Beder-Hessen an diesem Platz bedeutet die Auslieferung des so unabweisbar wichtigen Amtes an reinkapitalistische Einflüsse.

Auch von dem neuen Ernährungsminister Dr. Müller-Bonn, bisheriger Direktor der Rheinischen Bauernkammer, ist nichts als eine rein agrarische Einstellung zu erwarten.

Für die Beurteilung des Gesamtkabinetts ist natürlich die noch ausstehende Besetzung des Innen- und Außenministeriums von großer Wichtigkeit. Immerhin ist seine gedankliche Konstruktion schon einigermaßen erkennbar.

Natürlich wird die Sozialdemokratie die neue Regierung nach ihren Taten beurteilen. Sie wird keine blinde Bosheitspolitik treiben, weil sie nicht mehr in der Regierung sitzt, sondern sachliche Opposition treiben, wo dies notwendig ist.

her der Reichsgetreidestelle zugegangen ist, erheblich geringer als im vergangenen Jahre. Bis Ende Oktober waren im vergangenen Jahre 1140 000 Tonnen Getreide abgeliefert, in diesem Jahre jedoch nur 400 000 Tonnen; bis zum 17. November betrug die Ablieferung an Umlagegetreide durch die deutsche Landwirtschaft im vergangenen Jahre 1 235 000 Tonnen, in diesem Jahre jedoch nur 513 281 Tonnen.

Der eigentliche Ablieferungstermin für das erste Drittel des Umlagegetreides ist bereits am 21. Oktober abgelaufen, aber von der im Gesetz vorgesehenen Verlängerungsmöglichkeit von vier Wochen, also bis Ende November, ist aus den oben angeführten Gründen in weitestgehendem Maße Gebrauch gemacht worden.

Wir und Deutschösterreich.

Wien, 21. November. (W.F.). Im Sonderausdruck zur Beratung der Genfer Protokolle betonen bei Verlesung des ersten Protokolls, das die Garantie der Unabhängigkeit Österreichs enthält, die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Ellenbogen und Bauerlich, daß um 520 Millionen Reich der große Gedanke der Einheit der deutschen Nation preisgegeben werde.

Reichstagspräsident Löbe

führte aus, daß die Siegermächte vorgeben, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten. Auf dieses Selbstbestimmungsrecht berufen wir uns und dieses Recht würden wir uns auch nicht nehmen lassen.

Ludendorff.

Von Dr. Ludwig Herz, Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Der Gegensatz zwischen politischer und militärischer Leitung ist im Krieg und nach dem Kriege so viel besprochen worden, daß man fast vergessen hat, daß sich nicht zwei abstrakte Begriffe gegenüberstehen, sondern daß Menschen von Fleisch und Blut, Personen aber, wenn man will, Persönlichkeiten um das entscheidende Uebergewicht rangen.

Politische Leitung, das bedeutet drei Reichskanzler: Bethmann, auf dessen Vorschlag in kritischer Stunde Hindenburg und Ludendorff an die Spitze der Kriegführung berufen wurden, weil der Klang ihres Namens neue Hoffnung geben sollte, und der dann als zu schlapp von der gleichen Obersten Heeresleitung beseitigt wurde.

Michailis, der Mann der Obersten Heeresleitung, der in seinen Grundansichtungen, namentlich auch in der Frage der Kriegsziele, mit ihr übereinstimmte und den der Unwille des Volkes von einem Sturz wegtrieb, den er bei einiger Selbsterkenntnis niemals hätte einnehmen dürfen.

Graf Hertling, der gewiegte alte Juntaspolitiker, der mit großem taktischen Geschick ein schieflich-friedliches Verhältnis zwischen den beiden Instanzen anbahnte, der Politik wenigstens auf dem Papier, den ihr zukommenden entscheidenden Platz gab und von der Obersten Heeresleitung in Ruhe gelassen wurde, weil sie — nach Ludendorffs Zeugnis — doch nichts von ihm erwartete. Dazu tritt der vielfach übersehene Staatssekretär des Reiches, v. Kühlmann, der mehr oder minder harmonisch mit den Reichskanzlern arbeitete.

Die Oberste Heeresleitung ist nach der Episode Kollitz, der nach der ersten Marneschlacht in die Wüste geschickt wird, Falkenhahn, der es im allgemeinen vermiehte, in die Politik einzugreifen, auch kaum Gelegenheit dazu hat, da zu seiner Zeit der Krieg im wesentlichen in der Verteidigung bestand; endlich Hindenburg. Neben Hindenburg steht Ludendorff als erster Generalquartiermeister. Die Legende will diese zwei als Diaboliken malen. Wie sie innerlich zueinander standen, kann unerörtert bleiben. Sehr bald jedoch wurde von den „Eingeweihten“ geräunt, daß Ludendorff der eigentliche Kopf sei, daß ihm der Ruhm des Sieges von Tannenberg gebühre. Andere „Eingeweihte“ munkelten allerdings, daß der eigentliche Sieger der General Hoffmann gewesen sei. Was von diesen Gerüchten zutrifft, ist natürlich schwer nachzuprüfen, ebenso schwer, wie zu finden, von wem eigentlich alle diese Gerüchte ausgingen. Wichtig ist zweifellos, daß die Jahre und der ungeheure Druck der Verantwortung an Hindenburg nicht spurlos vorübergingen, und was Ludendorff bei seiner Vernehmung vor dem 2. Untersuchungsausschuß beobachtet hat, muß den Eindruck gewinnen, daß er die Mitvernehmung Hindenburgs erzwungen hatte, um zu zeigen, daß er die eigentliche Potenz in der Obersten Heeresleitung war.

Auch Schwerfeger*) trennt die Persönlichkeit Ludendorffs von der Hindenburgs. Noch schärfer tut es Delbrück. Er schreibt, daß der Feldmarschall durchaus im Banne seines ersten Generalquartiermeisters stand und sich von diesem sogar zu Taten habe bestimmen lassen, die seiner immensen Natur zuwider waren. Aus sich heraus hätte der Feldmarschall Hindenburg sich gewiß niemals entschlossen, seinen Obersten Kriegsherrn zu vergewaltigen und ihn zur Entlassung des Reichskanzlers und des Kabinettsrats zu zwingen, dem er vertraute. Ebenso ist das Abschiedsgesuch, das die beiden Heerführer einreichten, als die Verhandlungen in West-Altowitz wegen des politischen Scheitrens nicht nach ihrem Wunsch geführt wurden, wie Schwerfeger in einem schlüssigen Indizienbeweis nachweist, auf Ludendorff zurückzuführen.

Auch die öffentliche Meinung zog zwischen den beiden Heerführern einen scharfen Trennungsschritt; so sympathisch sie dem Generalfeldmarschall gegenüberstand, so sehr lehnte sie sich instinktiv gegen Ludendorff auf. Daß in weiten Kreisen der Bevölkerung so wenig zur sogenannten „Ludendorff-Spende“ gezeichnet wurde, ist aus dieser Stimmung zu erklären. Wer im Aufklärungsdienste tätig war, hat die häufig in Haft ausartende Abneigung nicht nur in den Städten und in Arbeiterkreisen, sondern auch in der Landbevölkerung beobachten können.

Man sah in Ludendorff den Vater der Hindernisse gegen jede politische Parteilichkeit. Die von ihm selbst in seinem Urkunden-Bande veröffentlichten Briefe in der preussischen Wahlrechtsfrage zeigen, daß das Mißtrauen berechtigt war. Offiziell lehnte er zwar jede Einmischung ab,

*) Drei Meißbacher des Untersuchungsausschusses über die Urkunden des Aufmarsches (4. Untersuchungsausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses). Heft 1: Gutachten des Obersten a. D. Schwerfeger; die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit; 1. Teil bis zum Beginn der Offensive 1918 (21. März 1918); Heft 2: Gutachten des Generals der Infanterie a. D. Kubl; Die militärischen Grundthesen der deutschen Offiziere im Jahre 1918; Heft 3: Gutachten des Geheimrats Prof. Hans Delbrück; 1. Die Offensive im Jahre 1918; 2. Ausführungen im Anschluß an das Gutachten des Herrn Oberst Schwerfeger; (Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 43.)

macht aber in Privatbriefen gegen Parlamentarisierung und Demokratisierung scharf. Und wer die Ursache der Unpopulartät in der Truppe finden will, der vergleiche, was Pierre-fer, der Verfasser der französischen Heeresberichte, in seinem Buche „Le G. D. G.“ (= Das Große Hauptquartier) über die Methode schreibt, nach der Bétain nach den Meutereien (1917) den Beschwerden der Mannschaften abzuwehren sucht, mit der fühligen Art, mit der Ludendorff über die Klagen der Mannschaften hinweggeht. Der Offizier müsse besser leben als der Mann; die Familien der Offiziere hätten am meisten in der Heimat gelitten usw.

„In einer so vielfältigen und mit einem so ungeheuren Arbeitsgebiet belasteten Behörde, wie die Oberste Heeresleitung“, so schreibt Schwertfeger, „konnte es nicht ausbleiben, daß nachgeordnete Persönlichkeiten zu großem sachlichen und persönlichen Einfluß gelangten.“ Manche Anordnungen seien daher von nachgeordneten Persönlichkeiten getroffen worden, von denen die verantwortlichen Generale nichts wußten, denen sie aber nachträglich ihre Billigung gaben. Schwertfeger nennt namentlich den Obersten Bauer, der seinen politischen Einfluß in einer Art zu gebrauchen gewußt habe, die sich zweifellos über die ihm durch seinen damaligen Wirkungsbereich gezogenen Schranken erhebe. Bauer hat selbst nie in Abrede gestellt, daß er die Haupttriebfeder zu Bethmanns Sturz gewesen sei. Der Einfluß des Obersten Bauer auf Ludendorff ging sehr weit; namentlich in den Fragen der inneren Politik brachte ihm Ludendorff ein, wie der Oberstleutnant Niemann schreibt, unbegrenztes Vertrauen entgegen. Bauers Vertrauen selbst in Ludendorff war nicht so unbegrenzt; er vermied bei ihm häufig die erforderliche Energie.

Wenig günstig urteilt Schwertfeger auch über das Kriegspresseamt. Nicht erwähnt Schwertfeger die politische Abteilung der Obersten Heeresleitung unter General Bartenwerffer. Es wäre interessant, einmal festzustellen, wer ihr angehörte und woher die dort beschäftigten aktiven Offiziere die Berechtigung zu Urteilen über die außenpolitische Lage herleiteten.

Ueber Ludendorffs militärische Bedeutung zu urteilen, steht dem Vaten nicht an. Delbrück beurteilt sie sehr ungünstig. Daß Ludendorff als Politiker verheerend gewirkt hat, darüber besteht kaum eine Meinungsverschiedenheit. Seine geistige Einstellung war rein militärisch, politischer Kunst also weisensfremd. Wie weisensfremd zeigt deutlich der Friedensschluß von Brest-Litowsk, von dem Schwertfeger sagt, daß er den Behauptungen von der deutschen Annegionslust neue Nahrung gegeben habe. Es ist auch bezeichnend, daß er nach dem Sturze Bethmanns keinen Kanzler präsentieren konnte, vielmehr nur Bülow oder Tirpitz, die beiden gleich unbedenklichen Gegenpole, in Bereitschaft hatte. Wenn er selbst die Kanzlerkandidatur nicht übernahm, so tat er das nach seinem eigenen Zeugnis nicht etwa, weil er sich dafür nicht geeignet hielt, sondern weil er sich außerstande fühlte, diesen Posten neben dem Generalquartiermeistern zu bewältigen.

Die Stellung Ludendorffs in der Frage der Kriegsziele war keineswegs einheitlich; sie schwankte mit den Kriegserfolgen. Wie wenig er aber die Seele des Volkes und der Truppe kannte, ergibt sich daraus, daß er große Kriegsziele für nötig hielt, um die Begeisterung im Heer und in der Heimat aufrechtzuerhalten! Schwertfeger und noch mehr Delbrück halten diese Einstellung für psychologisch falsch, ein Urteil, dem sich jeder Kenner der Verhältnisse im Kriege anschließen wird.

Swertfeger kommt zu dem Ergebnis, daß Ludendorff kein großer Mann gewesen sei. Delbrück urteilt schärfer. Wer eine Stellung freiwillig ergreife und sich ihr dann nicht gewachsen zeige, müsse sich gefallen lassen, daß man an ihn den Maßstab eines großen Mannes anlege und ihn nach dem Grade des Unheils verdamme, das er vermöge seiner ungenügenden Fähigkeiten angerichtet habe. Delbrück gibt aber auch Beweise dafür, daß es Ludendorff an dem vollen sittlichen Verantwortlichkeitsgefühl gemangelt habe. Er bringt zu

diesem Zweck unter anderem einen Auszug aus dem Protokoll über die Sitzungen des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 2. und 3. März 1922 bei, aus denen sich nach dem Zeugnis des Obersten v. Halfern ergibt, daß Ludendorff einer öffentlichen Erklärung über Belgien nicht widersprochen haben würde, wenn sie allein von der Reichsleitung ausgegangen wäre. Er wollte bloß die Verantwortung dafür nicht übernehmen. Dieses Abschieben der Verantwortung auf andere findet sich ja auch in allen seinen Schriften, besonders auch in den drei Hefen, die er gegen die „Deutschen Dokumente zum Waffenstillstand“ bei Scherl veröffentlicht hat. Delbrück spricht mit düren Worten aus, daß keineswegs das reine Motiv der Vaterlandsliebe, sondern ein ungezügelter Ehrgeiz sehr wesentlich das Handeln des Generals Ludendorff im Feldzuge 1918 mitbestimmt hat.

Spritschieber und Rheinlandkommission.

Unter der Ueberschrift „Ungeheuerlich und beschämend“ brachten wir vor einigen Tagen ein scharfes Urteil der „Frankf. Ztg.“ über die Tatsache zum Ausdruck, daß die Verteidiger in einem Kölner Spritschieberprozeß die Interalliierte Rheinlandkommission angerufen hätten, um die Sache den deutschen Gerichten zu entziehen. Zu diesen Verteidigern gehört auch Rechtsanwalt Alsborg in Berlin, der bekannte Verteidiger Heffersichs in seinem Prozeß wegen Erberger-Beleidigung und Vertreter von Hermes im Prozeß gegen die „Freiheit“. Rechtsanwalt Alsborg sendet uns nun zu unserer Notiz eine Berichtigung, die wir wiedergeben, um auch den anderen zu Worte kommen zu lassen. Es heißt in der Zuschrift:

1. Es ist unrichtig, daß ich oder einer der Kölner Verteidiger die Rheinlandkommission angerufen oder bei dieser Anrufung mitgewirkt hätten. Die Anrufung ist durch die Angeklagten selbst unter Assistenz eines im vorliegenden Prozeß nicht beschäftigten Sachwalters erfolgt. Das erklärt sich daraus, daß das vorliegende Verfahren nach der Anklageerhebung von einem anderen Verfahren abgetrennt ist und daß von den an diesem Verfahren Beteiligten die Initiative zur Anrufung der Rheinlandkommission ausgegangen ist.

2. Die Anrufung der Rheinlandkommission in einem Fall, wie der vorliegende, hat nichts mit der Anrufung der Rheinlandkommission im Fall Smeets zu tun. Sie führt zurück auf ein deutsch-seitiges als Gesetz anerkanntes Abkommen, das sogenannte Rheinlandabkommen, und die für die Uebergangszeit geschaffenen Ordnungen. Ordnung 70 hat die Anrufung einer aus Juristen bestehenden Kommission für den Fall vorsehen, daß die Anwendung der Uebergangsvorschriften betreffenden Ordnungen für den konkreten Fall bestritten ist. Zu diesem Zweck ist die Anrufung der Rheinlandkommission wiederholt, und zwar unter Assistenz namhafter rheinischer Anwälte erfolgt.

3. Die Verteidigung im vorliegenden Prozeß hat auf den Wunsch der Angeklagten diese Rechtsgrundlage der Anrufung in der Verhandlung erörtert, um gerade einem Vergleich mit dem Fall Smeets vorzubeugen.

Dr. Alsborg versichert zum Schluß, daß die Anrufung der Rheinlandkommission von „angehörigen rheinischen Kollegen“ schon häufiger erfolgt sei und für völlig unbedenklich gehalten wurde.

Wir registrieren also: Die Anrufung der Interalliierten Rheinlandkommission, also der Behörde des „Feindbundes“, wie man ja wohl in Heffersichs Kreisen zu sagen pflegt, ist nicht durch die gegenwärtigen Verteidiger, also auch nicht durch Dr. Alsborg erfolgt. Aber diese Verteidiger, auch Dr. Alsborg, haben nicht die Verteidigung der Spritschieber niedergelegt, nachdem sie von der Anrufung Kenntnis erhalten haben. Sie halten es also mit deutschem Empfinden durchaus verträglich, im Interesse der Millionen schieber den Spruch der Rheinlandkommission oder der ihr beigeordneten Juristen einzuholen. Danach mag der Leser urteilen, ob die von uns wiedergegebene Meinungsäußerung der „Frankf. Ztg.“ zu scharf war oder nicht.

Kein Frauenstimmrecht in Frankreich! Der französische Senat hat es mit 155 gegen 134 Stimmen abgelehnt, in die Diskussion des von der Kammer angenommenen Gesetzes, das den Frauen das Stimmrecht gewährt, einzutreten.

Teuerungsunruhen auch in Braunschweig.

Braunschweig, 21. November. (WZB.) Auch heute abend kam es in der ganzen inneren Stadt zu erheblichen Unruhen. In verschiedenen Straßen wurden Geschäfte geplündert. Die Polizei ging teilweise mit der blanken Waffe vor und trieb die Menge auseinander. Mit Gewehren bewaffnete Schutzpolizei nimmt Absperrungen vor. Autos mit Polizei durchfahren die Straßen nach den gefährdeten Punkten.

Braunschweig, 21. November. (WZB.) Zu den heutigen Teuerungstravallen ist noch zu melden, daß nachmittags auf dem Hagenmarkt eine Demonstrationssammlung stattgefunden hatte, deren Teilnehmer in Trupps nach verschiedenen Stadtteilen zogen, wo alsbald die Tumulte und Plünderungen begannen. In einem großen Wollwarengeschäft an der Höhe wurden mehrere Schaufenster eingeschlagen und die Auslagen zum Teil geraubt. Auch gegen Fleischer- und Bäckereien und sonstige Lebensmittelgeschäfte ging die Menge vor und schlug zum Teil die Fensterscheiben ein. Das Eingreifen der Polizei, die dabei vielfach mit blanker Waffe vorging, verhinderte jedoch in mehreren Fällen die beabsichtigte Plünderung. Bei einem Zusammenstoß in der Gildengasse ist aus der Menge ein Schuh gefallen, durch den eine unbeteiligte Frau schwer verletzt worden sein soll. Die Unruhen, in deren Verlauf einige Personen Verletzungen erlitten, erstreckten sich auf alle Teile der inneren Stadt und währten bis in die späten Abendstunden. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Ein neues Kapitalfluchtgesetz.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung und Abänderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vorgelegt. Am 28. Mai d. J. hat sich die Regierung in der Note an die Reparationskommission bereit erklärt, über Einzelheiten einer Bekämpfung der Kapitalflucht mit dem Garantiekomitee zu beraten und die Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet erscheinen, die Kapitalflucht zu bekämpfen. Das Kapitalfluchtgesetz enthält bis jetzt kein Verbot der Kapitalausfuhr, sondern beschränkt sich darauf, die Vorgänge, durch welche bewegliches Kapital ins Ausland gebracht wird, den Steuerbehörden mitzuteilen. Nach dem neuen Entwurf bedarf die Kapitalausfuhr nach dem Ausland der Genehmigung des Finanzamtes. Dieser Genehmigungszwang ermöglicht es, neben der steuerlichen Ueberwachung die allgemeinen Interessen der deutschen Wirtschaft zu stützen. Der legitime Außenhandel soll im Zahlungsverkehr mit dem Ausland nicht eingeklinkt werden. Darum sind von dem Genehmigungszwang solche Zahlungen nach dem Auslande ausgenommen, die von Personen oder von Personenvereinigungen geleistet werden, deren Gewerbebetrieb laut Bescheinigung der Handelskammern regelmäßig Geschäfte mit sich bringt, zu deren Abwicklung Zahlungen nach dem Ausland notwendig sind. Die Befreiungsvorschrift erstreckt sich selbstverständlich nur auf Zahlungen innerhalb des regelmäßigen Geschäftsverkehrs. Wenn mit diesen Bescheinigungen Mißbrauch getrieben wird, kann die oberste Landesbehörde sie einziehen. Der Bank, die den Auftrag auszuführen hat, ist diese Bescheinigung der Handelskammer in Urchrift oder in einer von einem Finanzamt, einem Gericht oder einem Notar beglaubigten Abschrift vorzulegen. Der Entwurf erhöht die Freigrenze für die persönliche Rücknahme von Zahlungen im Ausland nach dem Ausland im Reiseverkehr auf 200 000 M. Voraussetzung für die Durchführung des vorliegenden Entwurfs ist die Verlängerung der Geltungsdauer des Kapitalfluchtgesetzes bis zum 31. Dezember 1924, an dem auch das Gesetz gegen die Steuerflucht vom 28. Juli 1918 außer Kraft tritt. Außerdem sind Geldstrafen vorgeesehen.

Die Louanner Konferenz lehnte in vertraulicher Sitzung den türkischen Anspruch auf Teilnahme am Vorkrieg und Zulassung der türkischen Sprache ab. Man setzte drei Kommissionen ein. Poincaré reist nach Paris zurück, nachdem er mit Curzon und Mussolini vereinbart hatte, die Eröffnung der Brüsseler Reparationskonferenz auf den 15. Dezember vorzuschlagen.

Die neuen Armen.

Von Schwester Lydia Ruchland.

Häufige morgens — noch lagert dichtes Dunkel über und in den Straßen. Aber schon wird es lebendig. Scharen von Menschen beiderlei Geschlechts gehen, laufen und — je weiter die Zeit vorrückt, rennen sie alle zu einem gemeinsamen Ziel: dem Bahnhof.

Eine riesenhafte lebendige Masse, dennoch stumm, verschlafen, verdrießlich — so fahren täglich viele Tausende des Morgens vor Tau- und Tag zur Fron in überfüllten, schlechtgeheizten Zügen.

Eine Station nach der anderen zieht vorüber. Immer neue Massen strömen zu. Endlich am Ziel. Aber noch nicht am Arbeitsplatz, obgleich bereits erhebliche Energien verbraucht wurden. Schnell einen Becher heißen Kaffees in der Kantine — das erlaubt die Betriebsleitung —, dann in Hast und Eile ans Werk. Noch ist nichts getan und man ist schon so matt und müde, als hätte man Berge gewälzt.

Nun hinein in die Dunkelkammer — o, daß man doch wenigstens am Licht schaffen könnte! Freilich, die Arbeit wird gut bezahlt, selbst für die heutige Zeit — aber — es werden dafür auch Leistungen verlangt! Leistungen, die langsam, aber tödlich dem Menschen das Mark aus den Knochen saugen, die dem Körper jede Elastizität rauben, so daß auch schon der Jugendliche den schweren Tritt des Alters annimmt.

Wie die Füße brennen und schmerzen vom Stehen von früh bis spät. Morgen wird man sich weiche Schlappen mitbringen. Um freilich ein paar Tage später zu konstatieren, daß dann die Sehnen der Füße und alle Beinmuskeln noch stärker schmerzen. Ergebnis: Resignation! Kein Auflehnen hilft, keine Tränen. Denn dann brennen die Augen, die stundenlang schichtentwöhnten Sonnensucher, nur noch heftiger —

Ihr Anderen wundern euch, warum diese Menschen nach Schluß der Arbeit oft so überlaut toben und lärmern, wie von der Reite losgelassene Tiere — sie sind ja tagsüber so gut, wie stumm, dürfen nur das Nötigste reden, müssen schweigen — Darum der Wärm, der Uebererzwang eines künstlich zurückgehaltenen, geknebelten Menschentums. Einmal am Tage müssen sie doch dazukommen, daß ihnen ein Gott die Sprache gab, geschaffen, ihre Gefühle auszudrücken.

In dieser erbarmungslosen Fron sind zurzeit Tausende von Frauen und Mädchen gebunden, die sich diesen Abstieg nimmer hätten träumen lassen — ein neues Proletariat! Aus einer anderen Menschenschicht kommend, oft alte Familienkultur und -tradition hinter sich lassend, suchen sie sich tapfer in die ihnen so ungewohnten Verhältnisse zu finden — ob ihnen das leicht wird? Sie wenden das Gesicht für einen Moment ab, um die schnell aufsteigenden Tränen zu verbergen, die nichts um so ungenannter fließen, und bejahen die Frage: es muß gehen!

Ja, es muß gehen! Hunger tut weh! Und die Arbeit, sie wird ja bezahlt. Woloch Kapital kann es sich leisten, eine vieltausendköpfige Menschheit in seine Arme zu nehmen und an sein tödliches Herz, er kann sie alle füttern, aber eins kann er doch nicht — er läßt die Seelen darben, sie kann er nicht speisen —

Und die Seelen des neuen Proletariats — sie werden quälender hungern und dürsten als die des bisherigen Proletariats, das

die Schönheit des Lebens höchstens aus Büchern, aus Groschenheften und aus Kinofilmberungen kennen lernte, nie aus eigenem Erleben.

Diesem neuen Proletariat wird die Sehnsucht nach dem verlorenen Sonnenglück heißer in der Seele brennen wie jenen in Armut und Mühseligkeit aus dem Lebens Schattenseite Geborenen. Ihr auf höherer Kultur aufgebautes und eingerichtetes Heim entbehrt der pflegenden Hand, ihr Herdfeuer ist erloschen, und wenn sie nach vollendeter Fron heimkehren, sind sie müde, erschöpft, total ausgegeben. Stärker als der Mann empfindet die schaffende Frau die Lücke in ihrem Heim, diesem Nest durch ihre ständige Abwesenheit die Ordnung, die Wärme, die Seele.

Diese Seele vermag Woloch Kapital nicht zu ersetzen und wenn er die Arbeitskraft der Frau mit Gold aufwäge an Stelle des elenden Papiergeldes!

Sie haben es schwer, die Frauen und Mädchen des neuen Proletariats! Mögen sie aber eins nicht vergessen: daß sie heute nicht mehr schaffen müssen von früh bis in die sinkende Nacht hinein nur für das Kapital, nur für fremde Interessen, daß ihre Körperkräfte vor zu frühzeitigem Verfall geschützt werden durch die Gesetzgebung des Achtundzestages und das Verbot der Sonntagsarbeit — das verdanken sie der Klasse des Proletariats, welche schon war, ehe sie hinabstiegen. Dieser Klasse, welche sich zusammenschloß, die Gefahr erkennend, zu gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, zäh und erbittert um ihre heiligsten Menschenrechte kämpfte, dieser Klasse, die sich um das glutrote Banner des Sozialismus scharte — ihr verdanken sie, daß ihnen ihr Los, schwer genug, nicht noch härter ward!

Daß es aber besser werde, dazu bedarf es nun ihrer Mitwirkung. Nur wenn das neue Proletariat dem alten Proletariat, mit dem es nun am gleichen Strang zieht, die Hand reicht, wenn es alle Vorurteile überwindet und Seite an Seite mit ihm kämpft für die Erhaltung des Ertrugenen und um die Besserstellung der Zukunft, nur dann wird ihrem Leben wieder höherer Inhalt werden, nur so kann sich ihre soziale Lage im Kampfe um bessere Bedingungen der ihnen durch die Not aufgezungenen außerhäuslichen Erwerbsarbeit heben.

Diese neue höhere Gesellschaftsordnung, die dem Woloch Kapital eine sittlichere Auffassung des gesamten Produktionsprozesses aufzwingt, sie hat ihre Grundlage, ihr Streben, ihr Endziel im Sozialismus!

Die Bedeutung Afrikas für die Welt Herrschaft, eine zweifellos für die jetzige und die nächste Zeit sehr wichtige Frage, behandelt Dr. Ernst Schulze in der Zeitschrift „Der neue Orient“. In kurzen, anschaulichen Zügen charakterisiert er die Afrikapolitik der Kulturnationen seit dem Altertum und betont, daß es dort vor dem Weltkrieg drei Mächte von weltbestimmender Kraft gab: Frankreich, England und Deutschland. Frankreich wünschte die Herrschaft über ganz Nordwest- und Mittelafrika zu vereinigen, doch ging aus dem Kriege England als Gewinner hervor. Indessen ist Frankreich noch sehr mächtig in Afrika, so durch seine ungleich geschicktere Eingeborenepolitik, namentlich den Regens gegenüber. Es ist nicht unmöglich, daß Afrika der Brückstein für die englische und die angelegte französische Welt Herrschaft werden wird. Die britische Herrschaftsgewalt gal eine böse Einbuße erlitten durch die Unabhängig-

keitserklärung Ägyptens, deren Eindruck auf die mohammedanische Welt gewaltig war. Als bedeutsame Erscheinung wird daneben gestellt, daß Italien der 1911 angetriebenen Ägypten die Selbstverwaltung wiedergegeben hat. Dr. Schulze betont, daß es auch vom theoretischen Besitze Tripolitaniens keinen Gewinn haben wird, und weist in den Schlußbetrachtungen darauf hin, wie sehr es im Orient gärt, und daß diese Bewegung zum Ziele hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ein Punkt, der auch gerade uns in Europa vordrängen gibt.

Die älteste Banknote. Die älteste Banknote, die noch existiert, stammt aus China. Sie wurde in einem der ersten Regierungsjahre des ersten Herrschers der Ming-Dynastie ausgegeben, um die Mitte des 14. Jahrhunderts, und ist also älter als alle europäischen Banknoten, denn die erste wirkliche Bank in Europa wurde 1401 in Barcelona errichtet; aber die erste europäische Bank, die Papiernoten in Umlauf brachte, war die 1668 gegründete Bank von Stockholm. Die chinesischen Banknoten sind also wenigstens 300 Jahre älter als die europäischen. Die Note hat zu oberst eine Aufschrift, die in der Uebersetzung lautet: „Ein allgemein gültiger Wertschein der Taiming-Dynastie.“ In der Mitte steht mit großen Buchstaben: „Ein Kwan.“ Unter „Ein Kwan“ sind 10 Münzzeichen mit je 100 Punkte (gleich 80 Pf.) abgebildet, der Wert des Papiergeldes also deutlich veranschaulicht. Darunter liest man: „Auf Grund einer Vorleistung unseres Finanzministers wird der Druck und die Prägung von Wertscheinen der Taiming-Dynastie gestattet, die überall neben den Kupfermünzen gelten sollen. Wer falsche Scheine herstellt oder solche verwendet, soll enthaupet werden, und wer Fälscher angibt und ergreift, soll eine Belohnung von 250 Silbertael sowie das feste und bewegliche Eigentum des Verbrechers erhalten. Am ... Tag im ... Monat des ... Jahres der Hungwu-Periode.“ Die Ziffern des Datums sind so verbläut, daß sie nicht zu lesen sind. Die Hungwu-Periode entspricht den Jahren 1368—1399 der christlichen Zeitrechnung. Es gab aber schon früher in China Papiergeld, von dem im 12. Jahrhundert der Weltreisende Marco Polo erzählt.

Unser Roman: „Die Welt ohne Sünde“ hat, wie wir zu unserer Freude konstatieren können, auch außerhalb der Grenzen Deutschlands Beachtung und Beifall gefunden. So soll er demnächst ins holländische überseht werden und in unserem Rottendamer Parteiblatt „Boorwaarts“ zum Abdruck gelangen. Auf zahlreiche Anfragen teilen wir zugleich mit, daß der Roman bisher in Buchform noch nicht erschienen ist.

Vollstähne, Theater am Bülowplatz. Am 24. Nov. gelangt Naimund „Der Versuchender“ zum 60. Male zur Aufführung.

Großstädter Heimat. Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten e. V. veranstaltet unter der Leitung von Dr. Franz Leberer am 28. November, 7½ Uhr, im Kaiserhof, einen Berliner Heimatabend. Mitwirkende: Irma Sommer, Bruno Kolbe, Emil Schwarzkopf, Käthe Winter. Volkstänze unter Leitung von Eitelde Carlo.

Fräulein Rosoff liest am 24. abends 8 Uhr, im Salon Keller, Nurenschenweg 44: Soziale Gedichte von Karl Fried. Karten 50 und 20 H. bei Bote u. Post, Westheim und Abendlose.

Die eastafrikanische Niabona. Auf Verlangen des Vorkriegsministeriums für Ethnologie in die weitere Ausdehnung der Langschule der Javadra Zanca in Potsdam eingestellt worden.

Faschisten-Interpellation in Bayern.

München, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Bayerische Landtag besprach am Dienstag eine Interpellation unserer Genossen über die Agitation der Nationalsozialisten. Genosse Klingler-Koburg begründete die Interpellation und wies dabei auf die Vorgänge hin, die sich am 14. Oktober gelegentlich eines Besuchs der Nationalsozialisten in Koburg abgespielt haben. Arbeiter wurden mißhandelt, Schüler zu antisemitischen Kundgebungen aufgepöbelt, und die Polizei erklärte, sie könne aus technischen Schwierigkeiten nicht eingreifen. Wütig geschlagene Arbeiter wurden auf das Quartier der Nationalsozialisten geschleppt, wo die Freunde des Herrn Hüller auf die Frage, ob es denn keine Polizei gebe, erklärten, die Nationalsozialisten seien selbst Polizei.

Der Minister des Innern Dr. Schweger hält die Behauptung der Interpellation in seiner Beantwortung für übertrieben, gibt aber zu, daß die nationalsozialistische Bewegung bisher zu wenig beachtet worden sei. Mit einer Reihe von ihren Programmforderungen könne jeder deutsche Mann einverstanden sein. Sie seien ein Teil des Ringens der deutschen Seele gegen den Versailles-Vertrag. Ob Zusammenhänge mit den ungarischen Faschisten vorhanden sind, könne nicht festgestellt werden. Jedenfalls ersahle die bayerische Regierung die Anwendung der Republik-Schutzgesetze gegen die Nationalsozialisten für nicht gegeben, trotzdem ihre Organisationen in Norddeutschland aufgelöst sind. Wenn bedauerlicherweise Ausschreitungen vorgekommen sind, so sind sie auf provokatorischen Auftreten der sozialdemokratischen Arbeiter (I) zurückzuführen. So sei ihm mitgeteilt, daß in der Versammlung in Marktbreit, wo der Abg. Boehlein verlegt worden ist, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Neumann durch Werfen eines Maßkruges das Signal zur Schlägerei gegeben habe. (Großer Lärm links.) Der Minister kündigte eine Verordnung an, durch die die Bewaffnung zwecks Selbsthilfe verboten und unter Strafe gestellt werden soll. Dieses Vorgehen richtet sich natürlich gegen die Sozialisten, die durch das Verlangen der Staatsorgane gezwungen waren, ihren Selbstschutz gegen die schwerbewaffneten Hakenkreuzler zu organisieren.

Wo die geistigen Urheber dieser Verordnung sthen, wies nach einer provokatorischen Rede des klerikalen Abgeordneten Schäffer der Abg. Genosse Auer nach, der einen Geheimbericht des Vorsitzenden der Vereinigung vaterländischer Verbände, Prof. Dr. Bauer, zur Kenntnis brachte, nach dem die Nationalsozialisten dieser angehören und Angriffe auf sie als solche auf die Vereinigung zu betrachten sind. In dem Bericht heißt es weiter, die Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation durch die Regierung werde zeigen, daß die Regierung erschreckend bearbeitet worden sei. Genosse Auer konnte feststellen, daß eine Schwenkung der Regierung seit den Debatten der vorigen Woche zu verzeichnen ist. In einer Besprechung zwischen dem Minister Schweger und dem Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die im „Börsen-Beobachter“ von dem Abg. Schäffer trotz ihrer Vertraulichkeit in die Öffentlichkeit gebracht worden ist, habe der Minister eine ganz andere Stellung eingenommen wie heute, wo er den starken Mann gegen die Sozialdemokratie zu spielen versucht. Die Sozialdemokratie nehme den Fehdehandschuh auf, sie sei auch stark genug zur Notwehr gegen die Hakenkreuzler. Die Fälle von Material, die Auer gegen den gemeingefährlichen Unfug der Nationalsozialisten schon vortrug, erregte stürmische Juraufe und trieb schließlich den Abg. Schäffer in die Flucht, während der Minister, immer von Auer apostrophiert, mit Mühe standhielt. Die Besprechung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Zusammentritt des Landtags.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag wieder zusammen. Nur zwei Punkte der Tagesordnung wurden erledigt. Zunächst fand ein Antrag der Deutschen Volkspartei über die besondere Belastung der Stettiner Schifffahrt mit Schiffsabgaben zur Beratung. Alle Abgeordneten waren darin einig, daß für Stettin etwas getan werden muß; denn Polen warte nur auf den Augenblick, um den Verkehr Stettins über Danzig an sich zu reißen. Der Antrag geht an den Ausschuss für Handel und Verkehr. Es folgt nun die Beratung eines volksparteilichen Antrags über die Erhaltung und Unterstützung des Goethe-Hauses in Frankfurt a. M. Frau Abg. Ege (Soz.) verlangt, daß der Staat zur Erhaltung des Goethe-Hauses einen genügenden Zuschuß leisten. Die Stadt Frankfurt habe bisher für die Erhaltung des Goethe-Hauses alles getan, was in ihren Kräften liegt. Das Goethe-Haus sei selbstverständlich von der städtischen Vermögenssteuer befreit worden. Kultusminister Dr. Boelckj sei bereit, für die Erhaltung des Goethe-Hauses und seiner Sammlung helfend einzugreifen, sobald die Notwendigkeit nachgewiesen sei. Die Staatsregierung wird sich mit dem Reich wegen Beteiligung an der Beihilfe ins Benehmen setzen. Der Antrag wird an den Hauptausschuss verwiesen, und das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Kleine Vorträge. Schluß nach 5 Uhr.

Die verbotenen Vereinigungen.

Der Amtliche Preussische Pressedient schreibt: Es häufen sich die Fälle, daß Abzeichen von Vereinigungen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 aufgelöst sind, öffentlich weitergetragen werden. Personen, die mit derartigen Abzeichen beauftragt werden, sind, wie der preussische Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Justizminister in einer Verfügung betont, dem Verdacht ausgesetzt, daß sie Mitglieder einer trotz der Auflösung noch fortbestehenden Vereinigung sind. Es ist daher gegen sie in allen Fällen ein Ermittlungsverfahren wegen Zuwiderhandlung gegen § 19 Abs. 2 a. a. D. einzuleiten und zu diesem Zwecke ihre alsbaldige polizeiliche Vernehmung zu veranlassen.

Berufsumstellung für Lehrkräfte.

Beim Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist angeregt worden, eine Vermittlungsstelle einzurichten, die den männlichen und weiblichen Studienassessoren und -referendaren zu Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Berufen verweisen soll. Der Minister hat die staatliche Kunststelle für Schulwesen beauftragt, alles Material über Uebergangsmöglichkeiten für Studienassessoren usw. zu sammeln und zu ermitteln. Die Provinzialschulstellen werden diejenigen Studienreferendare und -assessoren, die in andere Berufe überzugehen bereit sind, auffordern, ihre Anschrift mit kurzem Lebenslauf unter Angabe ihrer besonderen Wünsche an diese Stelle gelangen zu lassen.

Zur Spaltung der bayerischen Mittelpartei. Die „Münchener Abendzeitung“ stellt gegenüber den Nachrichten über die Spaltung der bayerischen Mittelpartei fest, die beiden Richtungen seien übereingekommen, eine parlamentarische Einigungskommission einzurichten, welche die Grundlage der Einigung in einem einstimmig gefassten Protokoll niederlegt, das die einstimmige Annahme des Parteitagsgesetzes enthält. Gegen das Vertrauenstimmen für die Parteileitung sei nur eine Stimme abgegeben worden. Die Tatsache, daß der Ausgang inländers außerhalb der Partei eine deutsch-böhmische Sezession gründen will, ist in der „Münchener Abendzeitung“ zwar nicht erwähnt, aber auch nicht bestritten worden.

Mac Donald Führer der Labour Party.

London, 21. November. (WTB.) Ramsay Mac Donald wurde mit 61 gegen 56 Stimmen zum Führer der Arbeiterpartei gewählt, nachdem zuvor in einer lebhaften und langen Debatte auch mehrere andere Kandidaten empfohlen worden waren. Der bisherige Fraktionsführer Clynes wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden, Arthur Henderson zum Hauptredner, Stephen Walsh und Oberst Wedgwood zu Vizevorsitzenden der parlamentarischen Arbeiterpartei gewählt.

Die Wahl Mac Donalds zum Fraktionsführer zeigt das Übergewicht der politischen, sozialistischen und internationalen Richtung über die Gewerkschaftsvertreter in der neuen Fraktion. Ihr gehören auch eine Anzahl Genossen an, die im Krieg als Dienstpflichtverweigerer eingekerkert waren, auch solche, die bei den Hurrauwahlen von 1918 wegen ihrer Kriegsgegnerchaft durchgefallen waren. — Genosse Henderson ist bekanntlich bei der Wahl unterlegen, er soll bei nächster Gelegenheit wieder aufgestellt werden.

Das Gesamtwahlergebnis.

London, 21. November. (WTB.) Auf den Orkney- und Shetlandinseln wurde bei den Parlamentswahlen der Lloyd-George-Liberale General Smith von dem Ksquitth-Liberalen Hamilton geschlagen. — Nunmehr liegen alle Wahlergebnisse vor. Das neue Unterhaus setzt sich zusammen aus 345 Konservativen, 142 Arbeiterparteilern, 58 Ksquitth-Liberalen, 57 Lloyd-George-Liberalen und 12 Unabhängigen.

Deutschland soll Frankreich Kanäle bauen.

Paris, 21. November. (WTB. — Kammer.) In der Beratung über das Budget des Ministers der öffentlichen Arbeiten zog Minister Le Trocquer einen Vergleich mit den Verhältnissen in Deutschland, wobei er u. a. erklärte, in Stuttgart sei mit einem Kapital von 300 Millionen Mark eine Gesellschaft für den Bau eines Kanals für Fahrzeuge bis 1200 Tonnen gegründet worden. Weitere Kanäle seien vorgesehen, darunter vom Main zur Donau, dieser für 500 Millionen Goldmark. Der Minister nannte 18 deutsche Projekte, die 2750 Kilometer Binnenweg und 512 000 PS. Wasserkraft und 4 Milliarden Goldmark Ausgaben umfassen. Die gleiche Leistung bringe Deutschland für die Eisenbahnen und die Handelsmarine auf. Die französische Regierung sei dieser Lage gegenüber der Ansicht gewesen, daß sie berechtigt sei, von Deutschland die Ausführung derselben Arbeiten in Frankreich zu fordern, die es in seinem eigenen Lande auszuführen beabsichtige, und zu verlangen, daß es Material und Arbeitskräfte stelle. Gegen einen derartigen Plan könne es in Frankreich keinerlei Opposition geben. Die französische Industrie stehe ihm freundlich gegenüber. Das Programm sei nicht unvereinbar mit der Deutschland auferlegten Verpflichtung zu Sachlieferungen für die befreiten Gebiete. Die Reparationskommission habe es einstimmig gebilligt, die deutsche Regierung habe im Prinzip nichts einzumenden gehabt.

Fremde Bauarbeiter in Frankreich.

Paris, 21. November. (WTB.) Auf dem hier zusammengetretenen Internationalen Bauarbeiterkongress führte Paepow (Deutschland), als Vorsitzender der Bauarbeiterinternationale, den Vorsitz. Gewerkschaftssekretär Dumoulin (Frankreich) erklärte, der Kongress solle die durch den Zustrom von Arbeitern nach zerstörten Gebieten Frankreichs geschaffene Lage erörtern; die fremden Arbeiter sollten zum Anschluß an die Gewerkschaftsverbände veranlaßt werden. Der Kongress hat sich grundsätzlich einer Entschleierung des französischen Bauarbeiterverbandes angeschlossen, der sich hierbei auf den belgischen Verband stütze. Diese Entschleierung sieht die Bildung eines Internationalen Arbeitsbureaus in Frankreich vor, das die gewerkschaftliche Organisation aller ausländischen Arbeitskräfte, deren Frankreich bedarf, in die Wege leiten soll. Dabei sollen alle Vorkehrungen getroffen werden, um den Arbeitern das Höchstmögliche an Garantien und Sicherheit hinsichtlich der Löhne, der Verhütung von Arbeitsunfällen, der Hygiene usw. zu gewährleisten.

Die farbige Besatzung.

Koblenz, 21. Nov. (Rib.) Zu den Vorfällen in Sossenheim, bei denen sechs marokkanische Soldaten gegen die Wirtschaft des Gastwirts Kuhlmann, der ihnen bestimmungsgemäß Wein verweigert hatte, ein zweieinhalbständiges Gewehrfeuer unterhielten und dabei einen deutschen Arbeiter erschossen, sowie die Tochter des Gastwirts schwer verwundet, nimmt ein offizieller Bericht der amerikanischen Besatzungsbehörde folgende Stellung: „Die deutsche Bevölkerung und die deutsche Regierung haben unermüdlich dagegen protestiert, daß farbige Soldaten zur Kontrolle einer zivilisierten weißen Nation verwendet werden. Im vorliegenden Falle handelt es sich nun um eine Wachabteilung marokkanischer Soldaten, die an der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zu dem Zweck stationiert ist, die deutsche Bevölkerung zu beaufsichtigen und eine Kontrolle über den Grenzverkehr auszuüben. Eines schönen Tages meutert diese Truppe und unterhält ein Gewehrfeuer von ungefähr zwei Stunden gegen eine harmlose und unbewaffnete Bevölkerung! Und solche unerhörten Dinge passieren mitten im Frieden und trotz der Tatsache, daß französische Behörden schwere Urteile gegen farbige Truppen wegen Vergehen dieser Art ausgesprochen haben! Der vorliegende Fall ist ein klarer Beweis, daß trotz allen disziplinarischen Vorgehens die französischen Befehlshaber nicht in der Lage sind, diese unerhörten Ausschreitungen ihrer farbigen Truppen gegen die deutsche Bevölkerung zu verhindern; er beweist ferner, unter welchen unerhörten Verhältnissen und Gefahren die Deutschen im besetzten Gebiet leben, solange sie der Kontrolle farbiger Truppen unterworfen sind.“

Pretoria, 21. Nov. (Rib.) Die burlische Oppositionspartei des südafrikanischen Parlaments hat auf ihrem Jahreskongress in Pretoria einstimmig eine Resolution angenommen, in der Abscheu und Empörung über die fortgesetzte Verwendung farbiger Truppen am Rhein ausgesprochen wurde. Des weiteren drückte die Versammlung ihre Sympathie mit der deutschen Nation, speziell den deutschen Frauen, aus und erklärte, daß nicht nur die französische, sondern alle alliierten Nationen sich schwerer Verbrechen gegen die Zivilisation schuldig gemacht hätten.

Gewalttätige Gewerkschaftsprenger.

Madrid, 21. November. (Havas.) Heute fand im Volkshaus ein Kongress des Gewerkschaftsbundes statt, dem Jouhaux und ein holländischer Abgeordneter als Vertreter der Amsterdamer Internationale beiwohnten. Als letzterer das Wort ergreifen wollte, entstand ein Tumult. Es kam zu einem Handgemenge, wobei mehrere Schüsse gewechselt wurden, durch die eine Person getötet und mehrere verwundet wurden, alles Spanier.

Hakenkreuzung Ghrylls beantragt. Der Reichsleiter des seit sieben Monaten in Auslieferungshaft befindlichen italienischen Anarchisten Ghrylli hat die Hakenkreuzung seines Akten beantragt. Sollte übrigens Ghrylli von den deutschen Behörden ausgeliefert werden, so würde er in die Hände eines Rammes fallen, der heute der Führer seiner schärfsten politischen Gegner ist, mit dem Ghrylli aber vor nicht allzu langer Zeit einmal in einem italienischen Gefängnis zusammengelassen hat, nämlich in die Hände Russolinos.

Wirtschaft

Die Konjunkturforgen der Industrie.

Die Rede des Großindustriellen Peter Klöbner auf der Generalversammlung der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Koll enthielt neben interessanten Aufschlüssen über das Geschäftsgebaren der Schwerindustrie auch wesentliche Hinweise darauf, wie man sich in diesen Kreisen den ferneren Verlauf der industriellen Konjunktur vorstellt. Bortäufig befürchtet man keine Arbeitslosigkeit, obgleich gewisse Anzeichen darauf hindeuten, daß Schwierigkeiten größten Umfangs über Nacht hereinbrechen könnten. Wenn aber plötzlich eine starke Minderung der Währung eintreten würde — und das würde wohl schon bei einer Stabilisierung der Mark der Fall sein —, dann rechne man mit unabsehbaren Verlusten.

Woher können diese kommen? Zunächst besteht für die Industrie die Gefahr, daß die gestapelten Rohstoffe, die in der Hoffnung auf weitere Preissteigerungen gekauft worden sind, plötzlich entwertet werden. Das gleiche gilt für Devisenbestände, die man im Voraus angekauft hat, und für solche Beteiligungen an anderen Industrieunternehmen, die oft gegen Kredit erworben worden sind, ohne daß die angekauften Unternehmen sich organisieren in den Großkonzernen einreihen lassen. Alle diese Formen des Besitzes stellen heute, solange sich die Mark im Stadium fortgesetzter Entwertung befindet, ausgezeichnete und leicht flüssig zu machende Kapitalanlagen dar. Die Preise und Kurse steigen ja weiter, eine Gefahr für den Besitzer besteht nicht. Wird aber die Mark stabilisiert, so ist damit zu rechnen, daß die vielen Vorrats- und Ankaufkäufe des Inlands plötzlich nachlassen. Das bedingt schon ein starkes Stocken der Nachfrage gerade für solche Industrien, die vorher ihre Preise übermäßig heraufgesetzt haben. Dadurch werden die Aktien der Unternehmen, die von der Abfahrtsreise betroffen werden, entwertet. Aber auch die Devisen bieten, sobald die Mark stabilisiert ist, eine schlechte Kapitalanlage, da sie nicht oder ungenügend Zinsen tragen. Warenvorräte schließlich sind in einer Zeit rückläufiger Konjunktur für den Besitzer eine schwere Belastung, deren sich jeder bei sinkenden Preisen aus Sorge vor weiteren Verlusten zu entziehen versucht. Es ist ja eben ein Kennzeichen der anarchischen kapitalistischen Marktwirtschaft, daß sie auf Störungen im Warenverteilungsprozess gewöhnlich überhastet reagiert und nun genau so stumpsinnig und ohne Dispositionen für die Zukunft von der Ware in das Geld flüchtet, wie sie bei steigenden Preisen hinter der Ware herjagt.

Derartige Beobachtungen ließen sich im Jahre 1920 auf vielen Gebieten machen. Damals war der Preisrückgang ein sehr plötzlicher. Arbeitseinschränkungen und Stilllegungen waren an der Tagesordnung und konnten in ihren sozialen Auswirkungen nur durch die produktive Erwerbslosenfürsorge einigermaßen gemildert werden. So ergab sich die Tatsache, daß ein Volk, welches mit Zahlungen von Hunderten von Goldmilliarden an die Entente damals noch zu rechnen hatte, Millionen, wenn nicht Milliarden Arbeitsstunden einfach vergeudet, weil infolge der Arbeitslosigkeit der Markt in Unordnung geraten war.

Wenn jetzt die Industrie damit rechnet, daß über kurz oder lang bei der Stabilisierung der Mark ein ähnlicher Zustand eintreten kann, so wird es Aufgabe einer voraussehenden Wirtschaftspolitik sein, dagegen Vorkehrungen zu treffen, daß nicht wieder monatlang Arbeitskraft ungenutzt liegen muß, während an die Entente noch Barleistungen und Sachlieferungen vorgenommen werden sollen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß mit der Stabilisierung der Mark ein umfassendes Produktionsprogramm vorliegt, das geeignet ist, die Störungen am Warenmarkt auf ein Mindestmaß einzuschränken. Die Krise am Warenmarkt droht deshalb scharfe Formen anzunehmen, weil in den acht fetten Jahren, die die Industrie seit Kriegsbeginn durchgemacht hat, das Verbandswesen außerordentlich gefördert worden ist und in der Industrie unangeordnete Kalkulationsmethoden eingerissen sind, die bei Einkauf der Konkurrenz des Auslandes und beim Wegfall der Valutaprämie für den Export zusammenfallen müssen. So hat schon die letzte geringe Ermäßigung des Marktkurses bewirkt, daß auf vielen Gebieten die Inlandspreise über die Weltmarktpreise hinausgehen, ohne daß die Produzenten Miene machen, die Preise der Valuta ebenso schnell anzupassen, wie sie es vorher bei steigendem Dollar getan haben.

Die Ueberwachung der Preisbewegung und ein Vorgehen gegen ungelungene Kalkulationsmethoden wird gerade im Hinblick auf die Gefahr einer Abfahrtsreise besonders notwendig sein, weil — das hat man im Jahre 1920 zuletzt erlebt — man eher Betriebe stilllegt, ehe man zu einer Produktion unter Anpassung an das gefallene Preisniveau übergeht. Einen solchen Leerlauf der Wirtschaft aber kann sich ein verarmtes Volk nicht leisten. Auch die Außenhandelspolitik wird darauf gerichtet sein müssen, die Einfuhr solcher Waren zu erleichtern, deren Preise im Ausland niedriger sind als im Inland.

Noch weitergehenden Einfluß auf die industrielle Konjunktur haben aber Reich, Staat und Gemeinden durch ihre Eigenschaft als Verbraucher und Auftraggeber für die Industrie sowie durch ihren Besitz an eigenen industriellen Anlagen. Diese sind heute noch von den Lieferanten willenlos abhängig. Es sollte angestrebt werden, die Vergebung der öffentlichen Aufträge so zu organisieren, daß man bei einer Abflodung an diejenigen industriellen Werke, die sich zur Ermäßigung der Preise bereit erklären, inzwischendurch zurückgestellte Aufträge in großem Umfang vergibt und ihnen Beschäftigungsmöglichkeit bietet. Dazu bedarf es einer umfassenden Organisation, die durch die Bildung von Kommunalverbänden und Verbänden der Gemeindeunternehmen bereits bis zu einem gewissen Grade vorbereitet ist, die aber noch ausgebaut werden müßte. Dazu wird es aber auch einer Neuorganisation des öffentlichen Kredites bedürfen. Neben derartigen Maßnahmen wird die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht zu entbehren sein, ebensowenig wie die Notstandsarbeiten dadurch überflüssig werden würden.

Jedenfalls müssen alle Maßnahmen für den Fall des Konjunkturschwanges vorbereitet werden in der Zeit, wo man die Gefahr voraussieht, also sie eingetreten ist. Hinter den Ereignissen herzuhalten, bedeutet Verlust an Produktionskraft. Deshalb wäre es dringend erwünscht, wenn die zuständigen Organe rechtzeitig die Richtlinien für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Falle einer Krise ausarbeiten würden.

Die Gesamtkartoffelernte. Die deutsche Kartoffelernte ist noch bedeutend besser ausgefallen, als man ursprünglich angenommen hatte. Die ersten amtlichen Schätzungen rechneten mit 34 und später mit 38 Millionen Tonnen. Nach den amtlichen abschließenden Ernteschätzungen beträgt jedoch die Kartoffelernte 39 249 976 Tonnen; das bedeutet eine Durchschnittsernte von 144,3 Doppelzentner pro Hektar. Die diesjährige Ernte an Kartoffeln übersteigt damit die vorjährige von 26 Millionen Tonnen um 13 Millionen Tonnen, d. h. um die Hälfte. Zu irgendwelchen Befürsorgnissen wegen der Kartoffelversorgung ist für das laufende Wirtschaftsjahr kein Grund. Bis Mitte November sind mit der Bahn bereits vier Millionen Tonnen Kartoffeln dem Handel und den Verbrauchern zugeführt worden. Berechnet man die Kartoffelmengen, die als Stückgut und auf der Waße befördert wurden, mit einer Million Tonnen, so ergibt sich, daß von den 7 Millionen Tonnen Kartoffeln, die für die Ernährung der Bevölkerung im Jahre benötigt werden, bereits 5 Millionen Tonnen zugeführt sind, die Bevölkerung mit dem Wintervorrat also eingebet ist.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen abgibt 8,97 Geld, 9,03 Brief; 1 tschechische Krone 195,01 Geld, 195,99 Brief; 1 ungarische Krone 2,56 Geld, 2,58 Brief; 1 bulgarischer Bana 43,89 Geld, 44,11 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 97,75 Geld, 98,25 Brief. — 100 Polnarmark gehen im freien Verkehr etwa 40,50 M.

Gewerkschaftsbewegung

An alle Organisationen!

Der „Vorwärts“ muß über das gewerkschaftliche Leben umfassend berichten. Das kann er bei den heutigen Papierpreisen und Raumverhältnissen nur, wenn ihm alle Mitteilungen in knapper Fassung zugehen. Lange Erklärungen nehmen den Raum weg, auf den andere Anspruch haben. Darum bitten wir dringend, uns mit dem nötigen Material zu versehen, in der Raumbeanspruchung aber möglichst weitgehende Selbstbeschränkung zu üben.

Redaktion des „Vorwärts“.

Die Löhne der Schuhmacher der Reparaturbranche.

Die Verhandlungen mit dem Verband der selbständigen Schuhmacher des Stadtkreises Berlin vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin haben zu folgendem Ergebnis geführt, das in Form einer Vereinbarung zustande gekommen ist: Die im einheitlichen Minimallohntarif der Schuhmacher des Stadtkreises Berlin vom 4. September 1922 festgesetzten Zeit- und Stücklöhne werden für die Zeit vom 20. November bis 26. November 1922 auf 200 Prozent erhöht. Die Mindeststundenlöhne betragen hiernach: für männliche Arbeiter in mechanischen Betrieben 129 M., für weibliche 114 M.; für männliche Arbeiter in handwerksmäßigen Betrieben 120 M., für weibliche 105 M. Für die Zeit vom 27. November bis 3. Dezember 1922, auf 220 Prozent erhöht, betragen die Mindeststundenlöhne hiernach: für männliche Arbeiter in mechanischen Betrieben 137,50 M., für weibliche 128 M.; für männliche Arbeiter in handwerksmäßigen Betrieben 128 M., für weibliche 112 M.

Das neue Abkommen kann im Verbandsbureau, Engelauer 24, abgeholt werden.

Zum Streik im Berliner Kohlenhandel.

Im Kohlenamt Berlin und in der Reichskohlenstelle fanden im Laufe des gestrigen Tages in Gegenwart eines Vertreters des Polizeipräsidenten Besprechungen mit den streikenden Kohlenarbeitern statt, die sich mit der Durchführung der von der Streikleitung zugelegten Kostenaufstellungen befaßten. Es wurde vereinbart, daß die Kohlenablieferung mit Kohlen durch die nicht bestreikte Berliner Brennstoffzentrale erfolgen soll und daß das Kohlenamt oder die Bezirkskohlenstellen hierfür die notwendigen Umschreibungen vornehmen werden. Im übrigen ist die Streiklage unverändert. Augenblicklich besteht die Gefahr, daß infolge einer Verschärfung eintritt, als auch diejenigen Kohlenarbeiter, die jetzt noch im Affordlohn für die Kleinhandlöhler aus den Güterbahnhöfen tätig sind, sich dem Streik anschließen wollen, falls die von ihnen geforderte Erhöhung des Affordlohnes nicht bewilligt wird.

Achtung, Buchdrucker!

Der Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer teilt mit: Die Firma K. Seydel u. Cie., die ihr Personal infolge Arbeitszeitdifferenzen ausgesperrt hat, versucht ihre laufenden Arbeiten in anderen Betrieben unterzubringen. Bisher ist diesem Vorhaben von den Vertrauensleuten die erfreulichste Aufmerksamkeit entgegengebracht worden; zur Erleichterung der letzteren geben wir hiermit die in Frage kommenden Arbeiten bekannt und ersuchen die Vertrauensleute, beim Austausch dieser Arbeiten den Gaudovorstand sofort in Kenntnis zu setzen. Die wichtigsten Arbeiten sind folgende: Die Bergbau-Kalender, Das Programm, Der Wiederaufbau, Prologium, Die Graphische Welt, Deutsche Konfektion, Uhrmacherzeitung, Binnen-schiffahrt, Jüdisches Gemeindeblatt (Serafentell), Das Kunstblatt, Handels-Adressbuch, Romanzeitung, Film-Kurier.

Demonstrationsstreik in den Konsumbäckereien.

Der Verband der Bäcker und Konditoren teilt mit: Am Donnerstag, den 23. November, dem Geburtstag der Verordnung über das Nachtbrotverbot in Bäckereien und Konditoreien, wird laut Beschluß der Verbandsinstanzen und der Konsumbäckerkonferenz in Halle ein ein tägiger Demonstrationsstreik in allen Konsumbäckereien Deutschlands mit 12 und mehr Bäckern durchgeführt. Es darf an diesem Tage nur in denjenigen in Frage kommenden Bäckereien gearbeitet werden, wo die Verwaltungen schriftlich erklären, daß sie an der Wiedereinführung der Nachtarbeit für die Bäckergehilfen nicht mitwirken wollen. In einer Demonstrationsversammlung im Lehrervereinshaus soll am gleichen Tage in Gegenwart der eingeladenen

Gewerkschafter, Politiker, Genossenschaftler und Volkswirtschaftler die Angelegenheit besprochen werden. Die früheren grauenhaften Zustände im Bäckergewerbe sollen und dürfen im Interesse der Volksgesundheit nicht wiederkehren.

An den Demonstrationsstreik dürfen keine Forderungen geknüpft werden. Die Vorarbeiten für die ordnungsmäßige Fortsetzung des Betriebes werden ausgeführt. Am Freitag wird der Betrieb einmütig und pünktlich wieder aufgenommen.

Nachricht der Redaktion: Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit eingehend zurückzukommen. Wir möchten jedoch heute bereits bemerken, daß die „grauenhaften Zustände“, von denen die Zeitschrift spricht, in den Konsumbäckereien nicht bestanden haben.

Tariffragen im Chemischen Großhandel.

Die Angestellten im Chemischen Großhandel kämpfen schon lange vergeblich um ein tarifliches Verhältnis mit den Arbeitgebern. Wie in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung der Angestellten am Montag abend in der Neuen Philharmonie mitgeteilt wurde, weigern sich die Arbeitgeber, einen Tarifvertrag abzuschließen. Jungblut teilte mit, daß der DVA nunmehr um eine Entschärfung des Demos nachgedacht habe und alle Instanzen angeheude werde, um endlich eine den heutigen Verhältnissen entsprechende tarifliche Lohnregelung zu erreichen. Die Stimmung unter den Angestellten sei erregt, und eine Abstimmung in den bedeutendsten Betrieben habe ergeben, daß die Kollegenschaft bereit sei, den Kampf um ihr gutes Recht, wenn erforderlich, mit dem stärksten gewerkschaftlichen Mittel, zu führen. Redner verlas ein vertrauliches Schreiben, in dem Rückschlüsse für eine wirksame Bekämpfung der Arbeiterschaft angeboten werden. Schließlich appellierte er an die Kollegen, mit vollem Eifer für die Verstärkung der Organisation zu wirken, damit sie im gegebenen Augenblick Schlagfertig dastehen.

An der Aussprache beteiligten sich auch Böllher vom DVB und Reiter vom GDM.

Nachstehender Beschluß wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung erteilt der Organisation volle Handlungsfreiheit für alle im weiteren Verlauf der Tarifbewegung erforderlichen Schritte.

Abbruch der Tarifverhandlungen.

In der Damenwäsche- und Schürzenbranche.

Die Verhandlungen über die Gehälter für den Monat Oktober haben zu einem Schiedspruch geführt, der den Angestellten dieser Branche eine prozentuale Aufbesserung von 65 Proz. brachte. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt und ihrerseits nur 40 bzw. 50 Proz. zur Auszahlung gebracht. Der endgültige Abschluß dieser Bewegung steht demnach noch aus.

Am 20. November haben nun, auf Veranlassung der Arbeitgeber, über den Monat November Verhandlungen stattgefunden. Die Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten forderten 150 Proz. auf die minimalen Sätze, die von den Arbeitgebern im Monat Oktober ausgezahlt wurden. Das hätte ein Durchschnittsgehalt von 53.000 M. für den Monat November ergeben, wobei zu berücksichtigen ist, daß der größere Teil der Angestellten unter diesem Durchschnittsgehalt stehen würde. Die Arbeitgeber erklärten, die Forderungen seien so hoch, daß sie es ablehnen müßten, ein Angebot zu machen. Alle Versuche der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, die Höhe des Angebots der Arbeitgeber zu ermitteln, scheiterten an der beharrlichen Weigerung der Arbeitgeber.

Die Branche hat außerordentlich hohe Gewinne erzielt. Ein vorübergehendes Abflauen des Geschäfts soll nicht gelehnet werden, aber es ist ein Ding der Unmöglichkeit, das Risiko einzig und allein auf die Angestellten abzuwälzen, während man auch in Zeiten guter Konjunktur es an dem nötigen Entgegenkommen hat fehlen lassen. Wenn die Arbeitgeber nicht den Willen zum Einlenken und zu wesentlichen Konzessionen haben sollten, dann stehen wir vor schweren Erschütterungen in der Branche.

Streik der Transportarbeiter im Möbelhandel?

Die Packer, Transportarbeiter usw. im Möbelhandel beziehen zurzeit noch Löhne von höchstens 4125 M. pro Woche. Bei den Verhandlungen, die mit den Arbeitgebern wegen der Neuregelung dieser Hungerlöhne stattfanden, stellten sie sich auf den Standpunkt, nicht mehr wie 40 bis 50 Proz. für den Monat November zahlen zu können. Dieses wurde einstimmig abgelehnt. Laut Schiedspruch sollen die Löhne nach einjähriger Beschäftigung für die erste Hälfte des Monats November auf 6600 M., für die zweite Hälfte auf

7630 M. erhöht werden. Dieser Schiedspruch wird, nachdem der November bald vorüber ist, von den Arbeitgebern in unverantwortlicher Weise einmütig abgelehnt. Ausgerechnet der Möbelhandel mit seinen wahnsinnig hohen Preisen treibt Schindluder mit seinen Arbeitsträften. Die Arbeiterschaft ist jedoch nicht willens, bei dem ihm umgebenden Luxus zu hungern und die Familien zugrunde gehen zu lassen. Das Existenzminimum beträgt jetzt 12.000 M.

Die Organisation der Deutsche Transportarbeiterverband, kann es den Arbeitern nicht zumuten, mit diesen Löhnen zu arbeiten; sie lehnt die Verantwortung für die Folgen des unverständlichen Standpunktes der Unternehmer ab, nachdem alle Bemühungen nach einer friedlichen Erledigung gescheitert sind.

Heute findet eine Versammlung sämtlicher im Möbelhandel beschäftigten Arbeitnehmer bei Kroag, Adalbertstr. 21, statt (siehe Anzeige), welche zu der Ablehnung der Arbeitgeber endgültig Stellung nehmen wird.

Aus dem Versicherungsgewerbe. Der an dieser Stelle bereits bekanntgemachte Schiedspruch vom 2. und 3. November, durch welchen die Oktoberbezüge der Versicherungsangestellten festgesetzt wurden, ist nunmehr vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Zur Festsetzung der Novemberbezüge tritt am 24. November im Reichsarbeitsministerium wiederum ein Schlichtungsausschuß zusammen.

Achtung, Betriebsratsvorsitzende! In den in der vergangenen Woche stattgefundenen Versammlungen der einzelnen Industrieruppen, in denen die Kommunisten zum Kampfbündnis der Vereinten Sozialdemokratischen Partei ausgerufen wurden, waren nicht alle Betriebe vertreten. Wir ersuchen nun die Obersten bzw. Betriebsräte, für diese Betriebe die Listen im Betriebsratsrat, Lindenstr. 7, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 10, abzugeben. Das Bureau ist bis 6 Uhr geöffnet. **Relativität, Holz.**

Angestellte der Siemens-Werke. Freitag bei Vorstand Versammlung aller Angestellten, die Mitglieder der Vereinten Partei sind. Versammlungsorte 4 Uhr. Bureauöffnungszeiten 5 Uhr. Mittagspause 1 1/2 Uhr.

Kalenderarbeiter. Die Generalversammlungsdelegierten unserer Partei treten eine Stunde vor Beginn der Generalversammlung (am Freitag 5 1/2 Uhr) im Gewerkschaftsbüro, Saul 1, zu einer Vorbereitungssitzung zusammen. Der Werbeausschuß für die Parteipublikation.

Deutscher Transportarbeiterverband. Packer, Transportarbeiter usw. im Möbelhandel. Heute Sonntag 10 Uhr bei Kroag, Adalbertstr. 21, Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Ablehnung des Schiedspruches durch die Arbeitgeber. Vollständiges Entschließen. **Achtung, Relativität und Parteiverbindungen!** Donnerstag abend 7 Uhr bei Kroag, Adalbertstr. 21, Vorstanderversammlung. Tägliches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Zentralverband der Angestellten. Eisen- u. Stahl-Großhandel: Öffentliche Versammlung Donnerstag 8 Uhr in den Müller-Eisen, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Baumstraße. Schürzen, Konfektionierte Bekleidung: Öffentliche Versammlung Donnerstag 8 1/2 Uhr in den Müller-Eisen, Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Altkon. Gruppen- und Ortsvereine: Donnerstag 7 Uhr Hauptversammlung bei Kroag, Adalbertstr. 21. Tagesordnung: Bericht von den Tarif- und Lohnverhandlungen. Die Verhandlung.

Verband der Gemeindeführer und Staatsbeamten. 13. Verwaltungsbereich, Tempelhofer Park, Parisstraße, Hohenheide. Freitag 7 Uhr im „Schlachthaus“, Marienbach, Kurierstraße, Bezirksversammlung.

Verantwortlich für den Inhalt: Felix Dieter Käst, Berlin: für Anzeigen: H. W. W. Berlin, Verlag Reichs-Verlag W. u. G. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsgesellschaft von Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 7. Streifen eine Zeile und Halberstadtzeile „Reinweiß“.

25% weniger Gas

verbrauchen Sie durch Spar-Glühkörper

DEGEA

AUERLICHT GESELLSCHAFT M.B.H. BERLIN O 17

Korpulenz - Fettleibigkeit sind

Dr. Hoffbauer's ges. versch. **Entfettungs-Tabl.**

ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schlüssellösung. Keine Abführmittel. Ausführl. Broschüre gratis

Elefanten-Apotheke Berlin SW, Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz).

Verkaufe nur bei Maulhardt schnell
Er zahlt sehr gut und ist reell!!!

Anlässlich meiner Geschäftseröffnung zahle ich

Riesenpreise für

Gold-, Silber-, Platin-
Bruch u. Gegenstände

Brillant

Zähne und ganze Gebisse
die Sie nie so erzielen werden, als beim Fachmann

C. MAULHARDT
Berlin - Schöneberg, Akazienstr. 3

Neu eröffnet!

Manoli Diva

Suchen dringend von Privaten zu Börsenpreisen

Gold-, Silber-, Platin=Bruch,
Zahngelbisse, Juwelen

Goldwarenfabrik H. Schneider & Sohn
jetzt Französische Straße 15, vorn II

100 Küchen

14 modernsten Ausführungen.
Ganz aparte Modelle,
in weiß Emaillelack
und naturfarben.
Preiswert zum Einzelverkauf.
Besichtigung
sohned!

Berliner Möbelhaus
Maritz
Hirschowitz
Südost
Köllner Straße 25.
Hochbahn
Kottbusser Tor.

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Blei, Kupfer, Platin
usw.
tauff A. Engroparelle
Scharow, Lange Str. 35
am Kolonnenplatz

Dixin das dankbare
Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
MENKEL & Cie., DUSSELDORF

Zwanzigfache Friedensmiete im Dezember.

Die Steigerungen der Betriebskosten.

Die Hauptlast des Mieters sind die Betriebskosten, das sind die Kosten dafür, daß das Haus in Betrieb gehalten...

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes items like Wassergeld, Schornsteinfegergeld, Müllabfuhr, etc.

Im Verhältnis zur Gesamtgrundmiete pro Quartal, d. i. zu 3000 M. ist die Summe der Betriebskosten, also das 19fache und beträgt mithin 1900 Proz. g. Mithin hätte jeder Mieter an Betriebskosten 1900 Proz. seiner Grundmiete zu entrichten.

Da an der Vermessung des Mietzinses, wie sie nach dem Verträge vereinbart ist, nichts geändert ist, ebensowenig an der Abrede über Bezahlung im Voraus oder nachher...

Wiederholt sei darauf hingewiesen, daß die außerordentlichen Anforderungen, die das Reichsmietengesetz in verwaltungstechnischer Beziehung sowohl an Vermieter wie an Mieter stellt...

Die Umlage der Betriebskosten.

Bei einer derartigen Höhe der Betriebskosten interessiert im Besonderen Maße, wie bei der Umlage dieser Kosten zu verfahren ist.

Der Vermieter kann die Zahlung der Betriebskosten oder Nebenleistungen erst verlangen, nachdem er die diesbezüglichen Belege den Mietern oder der Mietervertretung vorgelegt und gemeinschaftlich mit den Mietern oder der Mietervertretung mit der Mietervertretung die Gesamtsumme der umzulagenden Betriebskosten in einem Hundertstel der Gesamtgrundmiete umgerechnet hat.

Von den Betriebskosten öffentlicher Natur (Steuern, Gebühren) legt die V.D., daß der Vermieter die Belege über sie (Steuerzettel und sonstige Rechnungen) spätestens acht Tage nach Zustellung den Mietern oder der Mietervertretung vorzulegen hat.

Von allen Betriebskosten (z. B. auch Beleuchtungs-, Versicherungs-, Kosten) bestimmt die Gesamtsumme unjeder Magistrats, daß der Vermieter die fraglichen Belege (spätestens an jedem Monatsletzen den Mietern oder der Mietervertretung vorzulegen hat.

Zu beachten ist also, daß der Vermieter nicht Duldungen vorzulegen braucht, sondern Rechnungen genügen; es ist nicht die Sorge der Mieterchaft, ob der Vermieter ihre Gelder auch bestimmungsgemäß für den Betrieb verwendet, jedenfalls läuft sie keine Gefahr, sie doppelt bezahlen zu müssen.

Ein Beispiel.

In einem zahlenmäßigen Beispiel, das auf die voraussetzlichen Verhältnisse zu Anfang Dezember zugeschnitten ist, sei das Umlageverfahren verdeutlicht: Ein Normalmietgrundstück mit einem gemeinen Wert von 210000 M., mit einer Friedensmiete von 15000 M. und dementsprechend einer Grundmiete von 12000 M. wird, nach einem Zeitraum von 1/4 Jahr gerechnet, ungefähr folgende Betriebskosten aufweisen:

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes Grund- und Gebäudesteuer, Grund- und Gebäudeversicherung, Entwässerungsgebühr, etc.

Verfassungen im Freien verboten.

Das Polizeipräsidium teilt mit: „Mehrere haben in den letzten Tagen Ansammlungen und Umzüge in den Straßen Groß-Berlins zu Pfänderungen von Geschäftsfilzen geführt.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

Den Fluß herab kamen Salzschiffe geschwommen. Beim Entladen der Schiffe floß zuerst wieder Blut. Eine Kette von Helfern war angestellt, die Säcke vom Fluß herauf bis zu der Kirche zu bringen...

Aber sie freuten sich nicht oder sie taten es auf eine wilde und unrichtige Weise. Das Murmeln endete nicht, vom freien Land her schoben immer mehr Menschen sich heran...

Lungen (Umzüge, Ansammlungen und jede Art von Veranstaltungen) unter freiem Himmel, da sie zurzeit eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten.

Wer verteuert die Milch?

Die Landwirte wollen — „unschuldig“ sein.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin gibt in ausführlicher Darstellung bekannt, wie der neue Milchpreis, der nun bereits die unerhörte Höhe von 170 Mark pro Liter erreicht hat, zustande gekommen ist.

Der Landwirt, insbesondere der, welcher Frischmilch nach Berlin liefert, verlangt — und rein privatwirtschaftlich betrachtet nicht ohne Grund —, daß er die Frischmilch zu dem gleichen Preise verwerten kann, wie er auch die Produkte verwertet, nämlich Butter und Käse.

Durch das von der Stadt Berlin mit der Landwirtschaft getroffene Abkommen wurde der Preis der nach Berlin zu liefernden Milch bis 30. September dieses Jahres auf ein Zehntel der in einem bestimmten Zeitraum notierten Butterpreise...

Das Ernährungsamt hebt hervor, daß die Behauptung, durch die Tätigkeit des Milchamtes werde die Milch verteuert, unbedeutend ist. Wenn die Verwaltungskosten pro Liter 1,25 M. betragen, so ist das etwa 1/2 Pfennig auf jede Mark des Kleinverkaufspreises von 170 M.

300-Millionen-Darlehen für Berlin.

Ein dänisches Konsortium als Geldgeber.

Zur Fertigstellung verschiedener werdender Anlagen hat der Magistrat Berlin mit einem dänischen Konsortium einen Vertrag über ein Darlehen von 300 Millionen Mark abgeschlossen.

Aus und zog aus der Menschenmauer ein Kind zu sich heran, ein kleines, etwa fünfjähriges Mädchen mit seltsamer Gesichtsfarbe und weichen Knochen.

„Da — koste, wie es schmeckt —“ sagte er und hielt dem Kind eine Handfläche voll Salz hin, das er von seiner Schulter streifte.

„Komm — Bruder.“ sagte Anselmus. Und zu dem Knaben: „Laß ihn fortgehen — Bruder. Dir wird Linde helfen.“

Unter einem plötzlich dunkelnden Winterhimmel neigt sich Linde über den Toten und schließt seine Augen.

Sie gehen, voran Anselmus mit dem Mörder, dann Egidius, der den Toten trägt, dann Linde, die den Knaben führt.

„Ja.“ sagt Linde. „Nach dem Gesetz: er muß von heute an doppelt arbeiten. Für sich und für den Toten.“

„Was hast du getan?“ spricht Egidius' Stimme. „Die Stimme deines Bruders Blut schreiet zu mir von der Erde. Wenn du den Acker bauen wirst, soll er dir hinfort kein Vermögen nicht geben.“

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Dreher
Friedrich Slowinski
am 14. Dezember gestorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag,
den 23. d. M., nach 5 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße, statt.
Unser Beileid, der Beerdigung
Friedrich Schulz
Waldau, Schornsteinstraße 63
ist am 19. Dezember gestorben.
Die Beerdigung findet am Samstag,
den 25. d. M., nach 4 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg,
Riesestraße, statt.
Eure Ihren Absichten!
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Bezirksverband Berlin
VPS (42. AM.)
Todesanzeige.
Unser Herr
Franz Kuhn
wonnhaft ruhend
Straßen 30, n. 22r.
ist am 19. d. M.
nach 10 Uhr
im Krematorium Baumgartenweg
Beerdigung hat.
Die Beerdigung
findet am Donnerstag,
den 23. d. M., nach 4 Uhr
im Krematorium Baumgartenweg,
Riesestraße, statt.

Wir fabrizieren selbst!

Leiser

an allen Brennpunkten Groß-Berlins

Unter einer Unglücksfalle ver-
storbener Mitarbeiter, Herr
Fritz Gucker
Wir werden ihm ein ehrendes
Wort widmen.
1923
Gramann & Stern K. G.

Driskrankenkasse der Gärtler zu Berlin
Oranienstraße 135
Einladung zur ordentlichen Sitzung
am Mittwoch, den 29. November,
abends 7 1/2 Uhr, im Rest. „Reichen-
berger Hof“, Reichenberger Str. 147.
Tagesordnung: 1. Wahl des Rechnungs-
auswärtigen zur Prüfung der Rechnung des
letzten Jahres. 2. Gedenkstunde.
3. Bericht des 1. Vorsitzenden.
Berlin, den 22. November 1923.
Der Vorstand: Karl Hübner, Vorsitzender
Einschreibungs- und Kassier:
Einschreibungs- und Kassier:
Einschreibungs- und Kassier:

**Allgemeine Ortskrankenkasse für
Berlin-Güterfelde.**
Für die Wahl des Vorstandes zur obigen
Kasse ist seitens der Vertreter der Arbeit-
nehmer ein gültiger Wahlvorstand, und
sogar von Herrn Frh. v. Hillmann ein-
gesetzt worden. Der Wahlvorstand be-
steht mit dem Namen Otto Gebert und
zweit mit dem Namen Friedrich Pippel.
Die in diesem Wahlvorstand Besetzten
sind gemäß § 9 der Wahlordnung ohne
Stimmabgabe gewählt. Die **Kassier-
führung**, sowie Wahl, am 30. Nov. 1923,
findet daher nicht statt. Die Gültigkeit der
Wahl kann innerhalb zwei Wochen nach
Zerstreunung des Wahlvorstandes beim
Vorstand der Kasse oder beim Versicherungs-
amt Berlin angefochten werden.
Berlin-Güterfelde, d. 20. November 1923.
Der Vorstand: [173]8
G. K. Hübner, F. Hübner,
Vorsitzender, Schriftführer.
Spez. in Hdt. u. Geh. u. Beinh. in
Nacht. 15 Tage besetzt. Invaliden-
str. 106, v. 1-11, 4 J. Jacoby.

Bekleidungswerkstätte der Berliner Gewerkschaften

G. m. b. H.

Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung

Schuhwaren * Trikotagen

Bitte genau auf unsere Verkaufsstellen zu achten!

- Zimmerstraße 68
- Kottbuser Damm 88/89
- Sebastianstraße 37/38
- Engelauer 30
- Jablonskistraße 8
- Schönhauser Allee 173
- Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Str. 101
- Friedrichshagen, Friedrichstr. 51
- Wildau, Schwarzkopf-Werke

Geschäftszeit: 9 bis 12 und 3 bis 6 Uhr! Ohne Verbandsbuch keine Ware!

Verkäufe
Sonderverkauf, Anlässe der täglich
bevorzugten Erzeugung empfehlen wir
unsern Kunden, sich ihre Weihnacht-
einkäufe bei uns schon jetzt, eventuell
auch in größerer Auswahl zum Verkauf:
Gardinenstoffe, prima Anglistoffe, etc.
Preis von 200,-. Kuchengold, etc.
Preis von 100,-. Goldfäden,
preiswert, etc. Preis von 100,-. etc.
In allen Ausführungen von 100,-
Start an. Preis, etc. Preis, etc.
In allen Ausführungen von 100,-
Start an. Preis, etc. Preis, etc.

Verkauf
Sonderverkauf, Anlässe der täglich
bevorzugten Erzeugung empfehlen wir
unsern Kunden, sich ihre Weihnacht-
einkäufe bei uns schon jetzt, eventuell
auch in größerer Auswahl zum Verkauf:
Gardinenstoffe, prima Anglistoffe, etc.
Preis von 200,-. Kuchengold, etc.
Preis von 100,-. Goldfäden,
preiswert, etc. Preis von 100,-. etc.
In allen Ausführungen von 100,-
Start an. Preis, etc. Preis, etc.
In allen Ausführungen von 100,-
Start an. Preis, etc. Preis, etc.

Kaufgesuche
Schlösser, Speisezimmer, Herren-
zimmer, Einzelzimmer, etc.
Preis, etc. Preis, etc.

Möbel
Einzelstücke, etc.
Preis, etc. Preis, etc.

Geldverkehr
Kauf, etc.
Preis, etc. Preis, etc.

Vermietungen
Mietgesuche, etc.
Preis, etc. Preis, etc.

Verkauf
Sonderverkauf, Anlässe der täglich
bevorzugten Erzeugung empfehlen wir
unsern Kunden, sich ihre Weihnacht-
einkäufe bei uns schon jetzt, eventuell
auch in größerer Auswahl zum Verkauf:
Gardinenstoffe, prima Anglistoffe, etc.
Preis von 200,-. Kuchengold, etc.
Preis von 100,-. Goldfäden,
preiswert, etc. Preis von 100,-. etc.
In allen Ausführungen von 100,-
Start an. Preis, etc. Preis, etc.
In allen Ausführungen von 100,-
Start an. Preis, etc. Preis, etc.

Verkauf
Sonderverkauf, Anlässe der täglich
bevorzugten Erzeugung empfehlen wir
unsern Kunden, sich ihre Weihnacht-
einkäufe bei uns schon jetzt, eventuell
auch in größerer Auswahl zum Verkauf:
Gardinenstoffe, prima Anglistoffe, etc.
Preis von 200,-. Kuchengold, etc.
Preis von 100,-. Goldfäden,
preiswert, etc. Preis von 100,-. etc.
In allen Ausführungen von 100,-
Start an. Preis, etc. Preis, etc.
In allen Ausführungen von 100,-
Start an. Preis, etc. Preis, etc.

Kaufgesuche
Schlösser, Speisezimmer, Herren-
zimmer, Einzelzimmer, etc.
Preis, etc. Preis, etc.

Möbel
Einzelstücke, etc.
Preis, etc. Preis, etc.

Geldverkehr
Kauf, etc.
Preis, etc. Preis, etc.

Vermietungen
Mietgesuche, etc.
Preis, etc. Preis, etc.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote, etc.
Preis, etc. Preis, etc.